

Aktionsideen für
gewerkschaftliches Handeln

DGB

Erinnern, Gedenken, Handeln – Demokratie schützen und stärken!

Eine Arbeitshilfe zum 8. Mai

Impressum:

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Grundsatzangelegenheiten
und Gesellschaftspolitik

Redaktion und Lektorat:
Dieter Pougin

Wissenschaftliche Mitarbeit:
Ulf Teichmann

Recherche und Erstellung „Aktionsideen
für gewerkschaftliches Handeln“:
Bienz Hammer,
Michael Trube

Gestaltung und Druck:
DCM Druck Center Meckenheim GmbH
Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim

Stand: März 2021

INHALTSVERZEICHNIS

Reiner Hoffmann	2
Vorwort	
Esther Bejarano	5
Dass Auschwitz nie wieder sei – und dieses Land sich ändern muss. Offener Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen	
8. Mai 1945:	7
Nicht nur ein Gedenktag – Gewerkschaften sind aktiv! – Aktionsideen für gewerkschaftliches Handeln	

Reiner Hoffmann

Vorwort

Der 8. Mai 1945 markierte die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und das Ende der zwölfjährigen Herrschaft der Nazi-Diktatur. Damit steht er auch für die Befreiung der Opfer der rassistischen und antisemitischen deutschen Menschheitsverbrechen, die noch nicht umgekommen waren, als die vorrückenden Armeen der Alliierten vor den Toren der Konzentrations- und Vernichtungslager standen. Viele Millionen waren da schon ermordet. Angesichts dieser deutschen Verbrechen und in Gedenken an ihre Opfer hat der Deutsche Gewerkschaftsbund auf seinem letzten Ordentlichen Bundeskongress beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass der 8. Mai zu einem bundesweiten Feiertag erklärt wird, und ihn als Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form zu begehen.

Menschen auszugrenzen, zu Fremden zu erklären und sie aus der sogenannten „Volksgemeinschaft“ auszuschließen, war Kern der nationalsozialistischen Politik. Spätestens mit Beginn des Krieges und der Ausweitung „rassistischer“ Sortierung von Menschen auf die besetzten Gebiete sprachen die Nationalsozialisten (vermeintlich) Anderen das Recht zu leben ab.

Jüd*innen und Menschen, die die Nationalsozialisten unabhängig von ihrem Glauben und ihrer Identität für Jud*innen hielten, wurden im Deutschen Reich zunächst aus allen Ämtern und Funktionen verdrängt und entrechtet. Später wurden sie in die besetzten Gebiete in Osteuropa deportiert, wo für die dort lebenden Jüd*innen schon Ghettos und Enklaven mit menschenunwürdigen Bedingungen geschaffen wurden. Von dort aus war es nur noch ein weiterer Schritt in seiner mörderischen Logik und der deutsche Staat errichtete die industrielle Vernichtungsmaschinerie, die bis heute mit dem Ortsnamen Auschwitz verbunden ist. Diese Maschinerie nutzten die Nationalsozialisten auch für den Versuch, die Existenz der europäischen Sinti und Roma auszulöschen. Kranke und Menschen mit Behinderungen wurden sterilisiert und später getötet, nicht nur, weil sie den Nationalsozialisten als nicht lebenswert galten, sondern auch, um das Geld für ihre Unterbringung und Versorgung zu sparen. Auch homosexuelle Menschen wurden in Konzentrationslagern gefoltert und getötet.

Der 8. Mai als Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung kann die Erinnerung an die Opfer dieser Verbrechen am Leben erhalten und uns vor Augen führen, dass die Idee der Ungleichwertigkeit von Menschen kein Relikt der Vergangenheit ist: Die Autor*innen der Leipziger Autoritarismus-Studie „Autoritäre Dynamiken“ haben noch im vergangenen Jahr ermittelt, dass etwa jede vierte Person in Deutschland antisemitischen Aussagen zumindest teilweise und rassistischen Aussagen sogar überwiegend oder voll und ganz zustimmt. Fast 25 Prozent der Deutschen denken zudem, dass die Geschichtsschreibung die Verbrechen des Nationalsozialismus zumindest in Teilen übertrieben habe. Und die extreme Rechte tötet noch immer: 213 Todesopfer rechter Gewalt zählte die Amadeu-Antonio-Stiftung seit 1990. Dies zeigt, dass der Kampf gegen Rassismus eine andauernde Anstrengung ist. Er hört auch dann nicht auf, wenn keine extrem rechte Partei mehr in deutschen Parlamenten sitzt.

Ein Tag gegen Ausgrenzung sollte zugleich immer ein Tag für Teilhabe und Mitbestimmung sein. Auch dies symbolisiert der 8. Mai. Denn mit dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur gab es wieder Möglichkeiten, die Gesellschaft demokratisch zu gestalten, an Aufarbeitung und Wiederaufbau mitzuwirken. Es waren nicht zuletzt Betriebsrät*innen und Gewerkschaften, die sofort davon Gebrauch machten. Arbeiter*innen, die häufig schon vor 1933 Betriebsrät*innen gewesen waren, ließen demokratische, gewerkschaftliche Traditionen in den Betrieben wieder aufleben, sobald ein Ort von den Alliierten befreit worden war. Sie drängten auf die Entlassung

aktiver Nazis, brachten die Produktion wieder in Gang, kämpften für die Versorgung von Arbeiterfamilien mit Essen und Gebrauchsgegenständen aller Art. Sie lebten Demokratie in der Wirtschaft vor, bevor die noch zu gründenden Gewerkschaften die Wiedereinführung und Erweiterung der Betriebsverfassung erkämpfen konnten. Die Betriebsratswahlen im Herbst 1945 in der britischen Besatzungszone waren die ersten demokratischen Wahlen im befreiten Deutschland.

Ein 8. Mai als Feiertag wäre also auch ein Tag der Demokratie. Oder wie es die KZ-Überlebende und Vorsitzende des Auschwitz-Komitees Esther Bejarano am 26. Januar 2020 in ihrem „offenen Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen“ formuliert hat: „Am 8. Mai wäre (...) Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – Schwesterlichkeit.“ Welche Gefahren drohen, wenn demokratische Institutionen geschliffen werden, wenn politische und soziale Rechte eingeschränkt und verweigert werden, hat die Nazi-Diktatur ihre politischen Gegner und all jenen, die sie aus ihrer Volksgemeinschaft ausschloss, bald spüren lassen. Auch für tausende Gewerkschafter*innen bedeutete dies schon seit März 1933 Gewalt, „Schutzhaft“, Konzentrationslager, Folter und Mord. Nicht wenige gingen ins Exil oder in den Widerstand. Die meisten politischen Flüchtlinge, bis zu 30.000 Personen, kamen dabei aus den Organisationen der Arbeiterbewegung. Das Exil bedeutete jedoch keineswegs Sicherheit. Viele mussten weiterfliehen, als die Wehrmacht die Länder ihrer Zuflucht besetzte, wurden als „feindliche Ausländer*innen“ interniert oder fielen den stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion zum Opfer. Exilierte Gewerkschafter*innen machten Planungen für die Zeit nach der NS-Diktatur und dachten das Modell einer „Einheitsgewerkschaft“ vor, die ähnlich im DGB 1949 realisiert wurde.

Die im Reich verbliebenen Gewerkschafter*innen, die sich dem Regime nicht beugten, leisteten Widerstand auf vielfältige Art: Vom Abhören ausländischer Sender, über das Verteilen von Flugschriften bis zur Unterstützung untergetauchter Verfolgter. Einige, wie der Sozialdemokrat Wilhelm Leuschner und der christliche Gewerkschafter Jakob Kaiser, beteiligten sich an den Planungen für das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Leuschner wurde, wie die meisten Verschwörer, hingerichtet. Kaiser konnte untertauchen und wurde 1949 für die CDU Bundesminister unter Adenauer.

Nicht zuletzt wegen dieser eigenen Verfolgungserfahrungen zogen die Gewerkschaften ihre Lehren aus dem Fehlen eines geschlossenen Handelns gegen den aufstrebenden Nationalsozialismus und aus den Versuchen, 1933 ein Auskommen mit der neuen Regierung zu finden. Die erste Lehre, die mit der Gründung des DGB 1949 für die Bundesrepublik umgesetzt wurde, ist die Notwendigkeit einer einheitlichen, überparteilichen Gewerkschaftsbewegung. Und die zweite Lehre ist: „Immer und überall, kein Fußbreit dem Faschismus!“

Der Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht sollte auch ein Tag des Friedens sein, an dem wir den Opfern des Krieges gedenken und die Gefahren von Aufrüstung und militärischer Konfrontation in Erinnerung rufen wollen. Bevor die deutsche Zivilbevölkerung selbst Versorgungsengpässe, Bombennächte und schließlich militärische Gefechte und Vertreibung kennenlernen musste, hatte ihr Land ganz Europa sowie Teile Afrikas und Asiens mit einem brutalen Krieg überzogen. Insbesondere in Osteuropa und der Sowjetunion hatte die deutsche Wehrmacht dabei unfassbare Verbrechen begangen. Viele Millionen sowjetische Zivilist*innen verhungerten zu lassen, war einkalkuliert und bei Blockaden wie der von Leningrad wurde dies schonungslos umgesetzt. Fast drei Millionen sowjetische Soldaten starben in deutscher Gefangenschaft, die meisten davon an Hunger. Polen verlor im Krieg 17 Prozent seiner Bevölkerung.

Es waren aber auch die Bombennächte in deutschen Großstädten, die verstorbenen und traumatisierten deutschen Soldaten, die die Gewerkschaften sich nach 1945 hinter der Parole „Nie wieder Krieg“ vereinen ließen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften waren eine der treibenden Kräfte hinter den Protesten gegen die Wiedererrichtung eines deutschen Militärs in der Bundesrepublik und gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr schon in den 1950er Jahren. Seitdem engagieren wir uns – wenn auch nicht immer ganz konfliktfrei – in der Friedensbewegung. Dass der 1. September zum regelmäßigen Gedenktag wurde, geht auch auf das starke Engagement der Gewerkschaftsjugend zurück. Daher gehört der Antikriegstag inzwischen fest zu unseren Traditionen.

Was in den deutschen Gesellschaften und auch in unseren Gewerkschaften lange kaum ein Thema war, ist die Unterstützung des Regimes und die Beteiligung zahlreicher deutscher Männer am Vernichtungskrieg und den damit verbundenen Verbrechen. Viele Arbeiter*innen – und sicher auch Gewerkschaftsmitglieder – hielten den Nazis die sinkende Arbeitslosigkeit und einige sozialpolitische Verbesserungen, zumindest für die nicht aus der „Volksgemeinschaft“ Ausgeschlossenen, zu Gute. Und auch zu den Biografien von Gewerkschafter*innen in der Bundesrepublik gehörten häufig eine Prägung in der Hitler-Jugend und die Kriegsteilnahme als Soldat der Wehrmacht. Nazis, die in den Gewerkschaften nach 1945 in Funktionen kamen, gab es nur wenige. Doch waren auch die Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten Teil postnazistischer Gesellschaften und damit mit der Geschichte des Nationalsozialismus, von Krieg und Verfolgung auf mehr als eine Weise verbunden.

Auch deswegen ist all das, was sich mit dem 8. Mai verbindet, für die Gewerkschaften ein besonderes Erbe. Es ist uns Verpflichtung, beständig für den Erhalt der Demokratie, gegen autoritäre Politikvorstellungen, gegen Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Ausgrenzung zu streiten. Dies tun wir mit unserer für alle offenen Arbeit in den Betrieben, indem wir in unseren Organisationen eine demokratische Kultur leben und nicht zuletzt mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Die Bildungsabteilungen der Gewerkschaften, die Bildungswerke des DGB und auch gewerkschaftsnahe Organisationen wie der „Kumpelverein“, die Initiative „Respekt“ und „Arbeit und Leben“ schulen Gewerkschafter*innen im Umgang mit Rechten und ihren Parolen, stärken sie gegen die Sozialdemagogie rechter Populist*innen und arbeiten der Ausbreitung rechten Denkens auch unter unseren Mitgliedern entgegen. Einige von diesen Initiativen werden auf den folgenden Seiten vorgestellt, genauso wie weitere Projekte der Demokratieförderung und der antirassistischen Bildung. Auch sie stehen mit ihrer Arbeit dafür, dass sich nicht wiederholen darf, was am 8. Mai 1945 zusammengebrochen ist. Mit dieser Zusammenstellung will die Broschüre Anregungen geben, um den 8. Mai als Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung jeglicher Form zu begehen. Denn um das zu tun, warten wir nicht bis der 8. Mai zum Feiertag erklärt worden ist.

Esther Bejarano

Dass Auschwitz nie wieder sei – und dieses Land sich ändern muss. Offener Brief an die Regierenden und alle Menschen, die aus der Geschichte lernen wollen (26. Januar 2020)*

Falls man dem Menschen die Möglichkeit geben will, aus der Geschichte zu lernen, wäre die erste Voraussetzung, dass er sich dieser Geschichte erinnert. Aber leider vergisst er so leicht, und oft vergisst er gerade die entscheidenden Lektionen. (Lukas Bärfuss, Büchner-Preis-Rede 2019)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
und alle, die wollen, dass Auschwitz nie wieder sei!

Wo stehen wir – dieses Land, diese Gesellschaft – 75 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee?

Plötzlich gab es keine Nazis mehr, damals, 1945 – alle waren verschwunden. Uns aber hat Auschwitz nicht verlassen. Die Gesichter der Todgeweihten, die in die Gaskammern getrieben wurden, die Gerüche blieben, die Bilder, immer den Tod vor Augen, die Alpträume in den Nächten.

Wir haben das große Schweigen nach 1945 erlebt – und wie das Unrecht – das mörderische NS-Unrecht – so akzeptiert wurde. Dann erlebten wir, wie Nazi-Verbrecher davonkommen konnten – als Richter, Lehrer, Beamte im Staatsapparat und in der Regierung Adenauer. Wir lernten schnell: die Nazis waren gar nicht weg.

Die Menschen trauerten um Verlorenes: um geliebte Menschen, um geliebte Orte. Wer aber dachte über die Ursachen dieser Verluste nach, fragte, warum Häuser, Städte, ganze Landstriche verwüstet und zerstört waren, überall in Europa? Wen machten sie verantwortlich für Hunger, Not und Tod?

Dann brach die Eiszeit herein, der Kalte Krieg, der Antikommunismus. Es war ein langer Weg vom kollektiven Beschweigen bis zum Eichmann-Prozess in Jerusalem über die Auschwitz-Prozesse in Frankfurt am Main zu den Studentenprotesten in den 1968ern hin zur Fernsehserie „Holocaust“ ab 1979. Nur zögerlich entwickelte sich das Bewusstsein, die Wahrnehmung des NS-Unrechts. Aber auch die Rechten, die Alt- und Neonazis und Auschwitzleugner formierten sich.

Inzwischen wird vom Erinnern und Gedenken als einer Gedenkkultur gesprochen. Wir spüren, wie tief viele Menschen bewegt sind, manche haben sich das „Nie wieder“ zur Lebensaufgabe gemacht.

Sonntagsreden, die Betroffenheit zeigen, reichen aber nicht. Diese Betroffenheit muss zum Handeln führen, es muss gefragt werden, wie es so weit hat kommen können. Es muss gestritten werden für eine andere, bessere Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus, Antiziganismus, ohne Ausländerhass! Nicht nur an Gedenktagen!

Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel haben am 6. Dezember 2019 in der Gedenkstätte KZ Auschwitz-Birkenau gesagt: *„Umso klarer und deutlicher müssen wir bekunden: Wir dulden keinen*

Antisemitismus. [...] Alle Menschen müssen sich bei uns in Deutschland, in Europa, sicher und zu Hause fühlen. [...] Einen Schlussstrich kann es nicht geben – und auch keine Relativierung.“ Diese Aufgabe ist noch nicht erledigt! Und ich füge hinzu: Das sind wir den Millionen Opfern der faschistischen Verbrechen schuldig!

Es ist für uns Überlebende unerträglich, wenn heute wieder Naziparolen gebrüllt werden, wenn Menschen durch die Straßen gejagt und bedroht werden, wenn Todeslisten kursieren. Wir wollen uns nicht gewöhnen an Meldungen über antisemitische, rassistische und menschenfeindliche Attacken in Berlin und anderswo, in Halle, wo nur stabile Türen die jüdische Gemeinde schützten, aber zwei Menschen ermordet wurden.

Was können wir tun?

Ich will, dass wir alle aufstehen, wenn Jüdinnen und Juden, wenn Roma oder Sinti, wenn Geflüchtete, wenn Menschen rassistisch beleidigt oder angegriffen werden!

Ich will, dass ein lautes „Nein“ gesagt wird zu Kriegen, zum Waffenhandel. Wer den letzten Krieg vergisst, der bereitet schon den nächsten vor.

Ich will, dass wir gegen die Ausbeutung der Menschen und unseres Planeten kämpfen, Hilfsuchende solidarisch unterstützen und Geflüchtete aus Seenot retten. Eine Gesellschaft muss sich messen lassen an ihrem Umgang mit den Schwächsten.

Ich fordere entschlossenes Handeln gegen das Treiben der Neonazis, denn trotz Grundgesetz und alledem konnten Abgeordnete einer neurechten Partei vom NS als „Vogelschiss in deutscher Geschichte“ und vom Holocaust-Gedenkort in Berlin als „Denkmal der Schande“ sprechen, konnte der NSU ein Jahrzehnt lang ungestört morden und die Neonazi-Gruppe „Combat 18“ frei agieren.

Ich fordere, dass die Diffamierung von Menschen und Organisationen aufhört, die entschlossen gegen rechts handeln. Was ist gemeinnütziger als Antifaschismus? Es ist auch unerträglich, wenn ein paar Antifa-Aufkleber in Schulen Anlass für Denunziationen über Petzportale von neurechten Parteien sind. **Niemand sollte für antifaschistisches Handeln, für gemeinsame Aktionen gegen den Hass, gegen alte und neue Nazis diskreditiert und verfolgt werden!**

Ich fordere: Der 8. Mai muss ein Feiertag werden! Ein Tag, an dem die Befreiung der Menschheit vom NS-Regime gefeiert werden kann. Das ist überfällig seit sieben Jahrzehnten. Und hilft vielleicht, endlich zu begreifen, dass der 8. Mai 1945 der Tag der Befreiung war, der Niederschlagung des NS-Regimes. Wie viele andere aus den Konzentrationslagern wurde auch ich aus dem Todesmarsch getrieben. Erst Anfang Mai wurden wir von amerikanischen und russischen Soldaten befreit. Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit, über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: Über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.

Und dann können wir, dann kann ein Bundespräsident vielleicht irgendwann sagen: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Die Deutschen haben die entscheidende Lektion gelernt.

Mit freundlichen Grüßen

Esther Bejarano (Vorsitzende) | Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

*Quelle : <https://www.auschwitz-komitee.de/offener-brief-an-die-regierenden-und-alle-menschen-die-aus-der-geschichte-lernen-wollen/>

8. Mai 1945: Nicht nur ein Gedenktag – Gewerkschaften sind aktiv!

Aktionsideen für gewerkschaftliches Handeln

Der 8. Mai 1945 ist für Gewerkschaften mehr als ein Tag des Gedenkens. Verbunden mit der Erinnerung an der menschenverachtenden und – vernichtenden NS-Diktatur bedeutet der 8. Mai Mahnung und zugleich Verpflichtung, aktiv zu sein gegen alle Formen rechtsextremen, menschenverachtenden und rassistischen Verhaltens in unserer Gesellschaft – und dies über den Gedenktag hinaus. Gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es weiterhin konstante rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb der Gesellschaft gibt. Diese stehen im absoluten Gegensatz zu den gewerkschaftlichen handlungsleitenden Werten Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Möglichkeiten aktiv zu werden sind zahlreich und die folgenden Beispiele sollen Anregungen für die gewerkschaftliche Praxis liefern. Ausgehend von den unterschiedlichen Ressourcen und Bedürfnissen in den unterschiedlichen Bereichen der Gewerkschaftsarbeit zeigen die ausgewählten Beispiele verschiedene Ideen und inhaltliche Schwerpunkte auf, sich gegen rechte Tendenzen zu engagieren. Seien es kleinere und einmalige Aktionsideen oder längere Projekte – all diese Aktivitäten tragen dazu bei, den Einfluss von Rechts auf das gesellschaftliche Klima zurückzudrängen und eigene, solidarische, emanzipatorische Positionen zu stärken und damit die Demokratie zu schützen und weiterzuentwickeln.

Jede Aktionsidee enthält neben einer kurzen Beschreibung einige Hinweise zum Aufwand, zur Umsetzung, zu möglichen Zielgruppen und auf weiterführende Informationen oder gelungene Praxisbeispiele. Alle Texte sind als Anregung zu verstehen und können an die konkrete Praxis angepasst werden. Die für den 9.11.1938 sowie für den 8. Mai 1945 genannten Aktionsideen stehen exemplarisch für weitere erinnerungspolitische Aktivitäten, wie beispielsweise zum Gedenken an die Zerschlagung der freien deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933. Sicherlich gibt es zahlreiche weitere Beispiele für gelungene Aktionsformen und weiterführende Informationen, die hier unerwähnt bleiben mussten. Für Unterstützung bei der Umsetzung finden sich im Anhang einige nützliche Adressen von aktiven Organisationen. Dabei handelt es sich nur um eine kleine Auswahl der zahllosen bundesweiten Organisationen und Initiativen.

Ausgehend von der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus gibt es diverse Aktionsideen, die sich im Feld der Erinnerungspolitik befinden. Angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Überlebende gibt, die direkt von ihren Erfahrungen im Nationalsozialismus berichten können, war es ein Anliegen neue Formen der Geschichtsvermittlung zu finden und diese für die gewerkschaftliche Arbeit nutzbar zu machen. Insbesondere die Möglichkeiten, die neue digitale Technologien und soziale Netzwerke bieten, wurden dafür aufgegriffen.

Aus der Geschichte des Nationalsozialismus zu lernen bedeutet auch sich aktuellen Herausforderungen zu stellen. (Extrem) rechte Ideologie existiert weiter und stellt eine konstante Bedrohung für eine freie und demokratische Gesellschaft dar, genauso wie für all jene, die nicht in das rechte Weltbild passen. Daher ist es wichtig, auch dieses Thema in den Fokus zu nehmen. In

dieser Arbeitshilfe finden sich Beispiele, wie Gewerkschaften sich auf unterschiedlichen Ebenen alltäglicher Diskriminierung in den Weg stellen und präventive Maßnahmen schaffen können, um Betroffenen von Diskriminierung Schutz und Hilfestellung zu bieten.

Ein weiterer Bereich, aus dem Ideen für die gewerkschaftliche Arbeit vorgestellt werden, sind kreative und widerständige Aktionen gegen rechte Aktivitäten. Rechte Aufmärsche finden weiterhin regelmäßig statt, Neonazi-Propaganda ist in Form von Aufklebern und Sprühereien im Sozialraum präsent. In sozialen Netzwerken sind Menschen von diskriminierendem Hate-Speech betroffen. All diese rechten Aktionen sind alltägliche Angriffe, die eine Antwort erfordern. Genau an dieser Stelle schließt sich der Kreis zum Gedenken an die Schrecken des Nationalsozialismus. Denn so klein und unbedeutend ein einzelner Aufkleber oder ein rechter Spruch auf den ersten Blick wirken mögen, hat all dies eine Wirkung auf Menschen, die von rechter Ideologie betroffen sind – und zu denen auch Gewerkschafter*innen gehören. Es gehört zur unserer Tradition, sich mit diesen Menschen zu solidarisieren und gemeinsam mit ihnen Strategien für den Kampf gegen rechts zu entwickeln: Wehret den Anfängen!

Aktionsidee:

Ortsspezifisches Theater zum „8. Mai 1945“

Kurzbeschreibung:

Der 8. Mai 1945 steht für das Ende des 2. Weltkrieges durch den Sieg der Alliierten Mächte über das nationalsozialistische Deutschland. Mit der Signatur der „Bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches“ wurde besiegelt, was in den Monaten und Wochen des Jahres 1945 schon Realität geworden war: Überall befreiten alliierte Truppen Konzentrationslager, von Deutschland besetzte Gebiete und zuletzt deutsches Staatsgebiet. Die Orte, an denen sich die Befreiung abgespielt hat, sind Zeugnisse dieser Geschichte. Das können beispielsweise Denkmäler, Gebäude, Plätze oder Straßen sein. So werden sie Ausgangspunkt und Material der Inszenierung von ortsspezifischem Theater. Dadurch werden öffentliche oder halb private Räume zu einem Theaterspielort, der seine eigene Geschichte erzählt.

Durch Recherche und Erkundung des Ortes kann eine intensive Auseinandersetzung entstehen, die als theaterpädagogisches Projekt umgesetzt wird. Die Teilnehmenden können mit ihren Eindrücken und Erfahrungen mit dem Ort und ihrer Reflexion das Theaterstück mitgestalten.

Leitfragen hier können sein:

- Wie ist die Befreiung abgelaufen?
- Wer wurde befreit?
- Was bedeutet Freiheit?
- Müssen wir heute für Freiheit kämpfen?

Aufwand:

Zur Durchführung ist eine theaterpädagogische Begleitung notwendig. Nur so können intensive Gruppenprozesse angeleitet und bei der Stückentwicklung geholfen werden. Dauer und Ausgestaltung hängen von allen Beteiligten ab, aber auch davon, ob es sich um ein langfristiges Projekt oder eine kürzere Aktion handeln soll.

Tipps zur Umsetzung:

Gegebenenfalls braucht es längere Recherchen, um Genaueres über die historischen Fakten zu erfahren. Die ortsspezifischen Hintergründe lassen sich in Stadt- oder Zeitungsarchiven recherchieren, Geschichtswerkstätten und regionale Projekte bieten Informationen von Zeitzeug*innen und Chronist*innen.

Besonders geeignet für:

Gruppen, die Lust auf gemeinsame Proben und Aufführungen haben

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/kulturelle-bildung/60243/theater-und-tanz>
- <https://angewandte-theaterforschung.de/bundeszentrale-fuer-politische-bildung-hg2011-theater-probieren-politik-entdecken-bausteine-theater/>
- <https://lmy.de/iq9Qv> → nicht.vergessen2017@web.de

Aktionsidee:

Gedenken zum Jahrestag der „Reichspogromnacht“

Kurzbeschreibung:

Systematische Gewalttaten gegen jüdische Menschen sowie deren Einrichtungen, Synagogen, Friedhöfe, Geschäfte und Wohnhäuser initiierte die NS-Regierung am 9. November 1938. Die Pogrome wurden von der Bevölkerung begrüßt und unterstützt. Tausende jüdische Menschen wurden getötet, inhaftiert und verschleppt. Das Ereignis markiert den Übergang zu der anschließend geplanten Verfolgung und Ermordung aller Menschen jüdischen Glaubens. An dieses Ereignis wird vielerorts durch Veranstaltungen, Kundgebungen, Lesungen und andere Aktionen erinnert. Sie haben sowohl das Gedenken an die Verfolgten zum Ziel als auch den Blick auf die Gegenwart, in der antisemitische Gewalttaten immer noch alltäglich sind. Das Gedenken kann durch Initiativen unterstützt und erweitert werden.

Gleichzeitig werden durchgeführte Veranstaltungen immer wieder von rechten und nationalistischen Gruppen angefeindet und angegriffen. Durch die Teilnahme, Bewerbung und Unterstützung von Gedenken zum 9. November 1938, werden diese Aktionen gestärkt und antisemitische Aggressionen zurückgewiesen.

Aufwand:

Der Besuch von bestehenden Aktionen bedeutet wenig Aufwand. Lokale Veranstaltungen lassen sich leicht recherchieren. Die Unterstützung von Veranstaltungen durch Bewerbung, Teilnahme an Aufrufen oder eigenen Redebeiträgen kann situativ erwogen werden.

Tipps zur Umsetzung:

Zur langfristigen Unterstützung ist die Vernetzung mit lokalen Initiativen wichtig. Dadurch können Absprachen zum Bedarf und zur Umsetzung getroffen werden.

Besonders geeignet für:

Einzelpersonen und Gruppen jeden Alters

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

Regionale Veranstaltungen zum Gedenken werden unter anderem durchgeführt von:

- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschist*innen
- DGB und Einzelgewerkschaften
- lokalen antifaschistischen Bündnissen und Initiativen

Aktionsidee: Bildungsarbeit mit digitalen Erlebnisberichten von Überlebenden

Kurzbeschreibung:

Bildungsarbeit zum Thema Nationalsozialismus kann viele Perspektiven einnehmen. Die Aspekte Zwangsarbeit, Widerstand, Verfolgung, Solidarität und Alltag haben aus der Sicht von Überlebenden des NS eine besondere Bedeutung.

In den vergangenen Jahren haben viele Medienprojekte Interviews mit Überlebenden geführt, die sie per Kamera aufgezeichnet haben. Auf diese Weise sind Berichte und Erlebnisse von Überlebenden des Nationalsozialismus zugänglich, auch wenn es kaum noch die Möglichkeit gibt Überlebende persönlich zu treffen.

Viele Medienprojekte und Archive stellen die Videos in Ausschnitten für die Bildungsarbeit zur Verfügung. So können Eindrücke und Aussagen aus der Perspektive von Überlebenden eingesetzt werden, beispielsweise, um zu verschiedenen Aspekten der Verfolgung zu arbeiten. In Kleingruppen können die Videos auf verschiedene Fragestellungen hin analysiert werden. Besonders spannend ist jeweils die persönliche Erfahrung der Erzähler*innen. Einige Medienprojekte stellen kostenlos komplett vorbereitete Seminareinheiten zur Verfügung.

Viele Überlebende haben sich ihr Leben lang politisch engagiert und dafür eingesetzt, ihre Geschichte zu erzählen. Ihr Ziel ist es, dass die Verbrechen des Nationalsozialismus eine Mahnung bleiben und dass die Opfer nicht vergessen werden.

Die Videozeugnisse können niemals die persönliche Ausstrahlung ersetzen, die eine Begegnung mit Überlebenden ausmacht, aber sie geben die Möglichkeit, Überlebende sprechen zu lassen.

Aufwand:

Für die Verwendung von Archivmaterial muss meist eine Registrierung erfolgen. Teilweise werden Verwendungsrechte für die entsprechenden Medien benötigt. Viele Materialien sind bereits für den pädagogischen Einsatz aufbereitet und leicht zugänglich. Zur technischen Umsetzung braucht es einen Laptop oder PC mit Bildschirm und einen Mediaplayer.

Tipps zur Umsetzung:

Die Arbeit mit Videozeugnissen eignet sich für die Bildungsarbeit mit interessierten Jugendlichen und Erwachsenen. Je nach Zielgruppe können bestimmte Ausschnitte des Materials zur Recherche verschiedener Themen genutzt werden, z.B. Alltag im Lager, Zwangsarbeit, Solidarität im Konzentrationslager.

Besonders geeignet für:

Aktive in der geschichtspolitischen Bildungsarbeit

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://www.ifz-muenchen.de/zentrum-fuer-holocaust-studien/visual-history-archive/>
- <https://lernen-mit-interviews.de/>
- <https://www.zwangsarbeit-archiv.de/>
- <https://videoarchiv-ravensbrueck.de/de>

Aktionsidee:

Lokalgeschichte recherchieren und sichtbar machen

Kurzbeschreibung:

Historische Zeugnisse des Nationalsozialismus finden sich an vielen Orten. Meist ist aber wenig bekannt über die regionale Einbindung in die Strukturen des NS, die zum Massenmord führten. Solche Orte, die meist nicht vergessen, sondern verdrängt worden sind, sind nicht nur Beispiele für die NS-Geschichte, sondern auch für den schwierigen Umgang mit der NS-Geschichte in der Gegenwart. Möglicherweise gibt es bereits lokale Aktivist*innen vor Ort, oder Menschen aus der Umgebung können für eine Auseinandersetzung mit der Lokalgeschichte gewonnen werden. Mit dem Ziel einer gemeinsamen aktiven Auseinandersetzung am Ort ist es möglich, Geschehenes bekannt zu machen, die Verfolgung von Menschen im Nationalsozialismus zu thematisieren und Opfern zu gedenken.

Je nach vorhandenen Quellen ist es notwendig, eigene Forschungstätigkeit zu leisten.

Hilfreich sind folgende Fragen:

- Welche Spuren finden sich an dem Ort?
- Welche Menschen waren hier als Opfer des NS betroffen?
- Was ist über ihr Schicksal zu erfahren?
- Welche weiteren Personen und Gruppen sind bisher unbeachtet geblieben?
- Welche Personen waren als Täter *innen aktiv?

Aus einer Beschäftigung mit der Lokalgeschichte können sich zahlreiche weitere Aktionsideen ergeben, dazu gehört das Angebot von Führungen an dem historischen Ort, die Durchführung von Gedenkveranstaltungen oder von Veranstaltungen mit Interessierten.

Aufwand:

Hier handelt es sich um eine langfristige, zeitaufwendige Aktionsidee, die von einer größeren Gruppe geplant werden sollte. Für Recherchen, Kontakte, Zusammenarbeit mit regionalen Gruppen muss viel Zeit eingeplant werden. Die Einbeziehung von Aktivist*innen vor Ort ist unbedingt notwendig. Die Aktionen sollten mit einer langfristigen Perspektive und in regelmäßigen Treffen geplant werden.

Tipps zur Umsetzung:

Es ist möglichst sehr weiträumig zu schauen, welche Themen bearbeitet werden sollen. Möglicherweise bietet es sich an, die Geschichte von Einzelnen darzustellen oder auch die Vergangenheit von Institutionen, z.B. Gerichtsbarkeit. Eine andere Idee ist es, zu recherchieren, welche Menschen am Ort verfolgt wurden, und ein Augenmerk zu setzen auf häufig vergessene Betroffenenengruppen, beispielsweise als „asozial“ stigmatisierte Menschen, Homosexuelle, Kriegsgefangene oder Kriegsdienstverweigerer.

Besonders geeignet für:

Gruppen, die sich langfristig historisch-politisch engagieren wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/>
- <https://www.tempelhofer-unfreiheit.de/>
- <https://gedenkstaette-sachsenburg.de/gedenkstaette/>
- <https://www.gedenkstaettenforum.de/index.php>
- Kontakte über regionale Geschichtswerkstätten

Aktionsidee: Geschichte digital erlebbar machen

Kurzbeschreibung:

Auf Social Media-Plattformen wie Twitter, Facebook und Instagram geben täglich Millionen Menschen Einblick in ihr Leben. Aber auch historische Ereignisse lassen sich auf diese Art eindrücklich nacherzählen. Weltweit bekannt wurde so zuletzt 2019 die wahre Geschichte der jungen Ungarin Eva Hejman. Das Mädchen wurde im Jahr 1944 im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau ermordet. Über Bilder und kurze Videos wurde ihr Leben mithilfe einer Schauspielerin auf Instagram nacherzählt. Die Resonanz auf die Aktion war riesig. Mehr als eine Million Menschen folgten dem Kanal.

Die Erstellung und Darstellung solcher Formate (Ausstellungen, Film, Chronologie historischer Ereignisse) erfordern oft langfristige Planung und aufwendige Umsetzung.

Für eine niedrigschwellige Möglichkeit der Geschichtsvermittlung eignen sich am besten Jahrestage lokalgeschichtlich relevanter Ereignisse. Diese können in Form von Instagram- (eher bildbasiert) oder Twitteraccounts (eher textbasiert) dargestellt werden. Der entsprechende Account muss einige Zeit vorher angelegt und beworben werden, und es braucht ein Konzept mit festgelegtem Posting-Kalender. Dann kann ab einem festgelegten Zeitpunkt begonnen werden, die historischen Ereignisse aufbereitet zu vermitteln. Der Vorteil ist, dass die Nutzer*innen ohne ihr aktives Zutun (sofern sie dem Account folgen) die Inhalte in ihre Timeline gespielt bekommen.

Eine Möglichkeit, die eine besonders realistische Vermittlung zulässt, ist, alle Ereignisse aus der Perspektive von fiktiven oder realen Augenzeug*innen „live“ zu vermitteln. So könnte beispielsweise der Ablauf der Geschehnisse rund um den 2. Mai 1933 (Besetzung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis) sowie den 9. November 1938 mit historisch belegten Zeiten und Orten in einer Form fiktiver „Liveberichterstattung“ dargestellt werden.

Aufwand:

Je nach Größe und Bedeutung des historischen Ereignisses braucht es mehr oder weniger tiefe Quellenrecherche und Aufbereitung der Materialien. Möglicherweise lassen sich lokale Geschichtswerkstätten oder Universitäten einbinden, um die Arbeitsbelastung realistisch zu halten.

Tipps zur Umsetzung:

Die Vermittlung von Geschichte über niedrigschwellige Zugänge mit teilweise fiktiven Elementen birgt Chancen, aber auch Risiken. Sicherlich lassen sich über die weniger wissenschaftliche Vermittlung via Social Media neue Zielgruppen ansprechen, die historische Genauigkeit darf hierbei jedoch nicht auf der Strecke bleiben. Gerade im Hinblick auf die zahlreichen Opfergruppen des NS muss die Sensibilität in der Darstellung gewahrt bleiben.

Besonders geeignet für:

Historisch Interessierte, die ihre Erkenntnisse auch einmal auf neuen, kreativen Wegen vermitteln wollen.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Projekt Eva Stories <https://www.instagram.com/eva.stories/>
- „Ruhrkampf 1920“: <http://ruhrkampf1920.de/start/>
- „Geschichte im Live-Tweet“: <https://www.bildung.digital/artikel/geschichte-im-live-tweet>
- „Throwback 89“: https://blog.tagesschau.de/2019/10/18/___trashed-7/

Aktionsidee:

Besuch von historischen Orten

Kurzbeschreibung:

Orte zur Geschichte des Nationalsozialismus gibt es überall. Oft sind dort Gedenkstätten entstanden. Einige werden staatlich finanziert, wie beispielsweise die KZ Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück oder die Dokumentationsstätte Obersalzberg. Hier werden Ausstellungen, Führungen, Gespräche und pädagogische Arbeit angeboten. Meist gibt es zusätzlich temporäre Ausstellungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen sowie Veranstaltungen und Gedenkfeiern an Jahrestagen.

Darüber hinaus gibt es zahllose kleinere, meist unbekanntere Orte, an denen sich NS-Geschichte abgespielt hat. Einen guten Überblick gibt die kostenlose Broschüre „Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus“ sowie die ebenfalls kostenlose App „Erinnerungsorte für die Opfer des Nationalsozialismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung (siehe unten). Hier werden fast alle existierende Gedenkort, Mahnmale und Gedenksteine oder -tafeln aufgelistet und kurz beschrieben. In nahezu jeder kleinen Gemeinde lassen sich mit diesem Überblick Orte finden, die im NS eine Rolle gespielt haben. Sie bieten Anlass, sich mit der Regionalgeschichte zu befassen, eigene Fragen zu entwickeln, lokale Aktivist*innen zu treffen und sich über die Arbeit an dem Gedenkort zu informieren.

Wenn es regionale Gruppen gibt, die zu den Gedenkort arbeiten, können diese für eine Führung oder Veranstaltung angefragt werden. An manchen Orten gibt es Audioguides und digitale Rundgänge. Es ist auch möglich, beispielsweise als Gruppe gemeinsam den Besuch vorzubereiten und durchzuführen.

Aufwand:

Je nach vorhandener Struktur vor Ort ist der Aufwand gering. Bei eigener Recherche und Durchführung eines Rundganges erfordert die Vorbereitung Zeit.

Tipps zur Umsetzung:

Es bieten sich Gedenkstätten in der eigenen Umgebung an, und bei kleineren Gedenkort ist es hilfreich und sinnvoll, Kontakt zu lokalen Aktivist*innen aufzunehmen. Ein selbst organisierter Besuch kann auch mit einer Gruppe zusammen vorbereitet werden. Dafür sollte ausreichend Zeit eingeplant und eine gemeinsame Herangehensweise erarbeitet werden. Damit alle Teilnehmenden bei einem ähnlichen Wissensstand starten, können zur Vorbereitung Hintergrundinformationen aufbereitet und Fragen gesammelt werden.

Besonders geeignet für:

Menschen, die sich in einer Gruppe über die NS-Geschichte informieren und austauschen wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://www.ravensbrueck-sbg.de/>
- <https://www.obersalzberg.de/home/>
- <https://www.berlin.de/geschichte/nationalsozialismus/>
- <https://www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/33973/gedenkstaetten-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus-band-i>
- App Erinnerungsorte | bpb

Aktionsidee:

Virtuelle Gedenkstättenfahrt

Kurzbeschreibung:

Mit Hilfe von Virtual-Reality Brillen lassen sich Erlebnisse und Erfahrungen digital aufbereiten, für die sonst ein großer Aufwand nötig wäre. Durch die VR-Brille (und unterstützende Technik) befinden sich die Nutzer*innen dann in einer eigenen Welt, die ihnen vor die Augen projiziert wird.

Die Geschichtsdidaktik arbeitet mittlerweile an unterschiedlichen Formaten, um die Möglichkeiten moderner Technologie auch für die geschichtspolitische Bildungsarbeit nutzbar zu machen, wobei die Entwicklungen hier noch sehr am Anfang stehen. Und auch wenn ein virtueller Besuch die Reise nicht ersetzen kann, so kann es dennoch ein Baustein in der Auseinandersetzung mit Geschichte sein. Die vom WDR produzierte VR-Experience „Inside Auschwitz“ ermöglicht es den Betrachter*innen, virtuell das ehemalige Vernichtungslager „Auschwitz-Birkenau“ anzuschauen und die Erzählungen dreier Überlebenden zu hören. Die Sorge, dass ein virtueller Besuch das Grauen trivialisieren könnte, ist in dieser konkreten Umsetzung nicht angebracht, bei anderen Umsetzungen wäre es dies noch zu prüfen.

Aufwand:

Über eine Kooperation mit medienpädagogischen Einrichtungen vor Ort lassen sich die technischen Gegebenheiten vermutlich mit relativ wenig Aufwand lösen. Um Diebstahl oder Vandalismus vorzubeugen, sollte der Betrieb unter Aufsicht erfolgen.

Tipps zur Umsetzung:

Eine VR-Experience mit diesem Inhalt kann – genau wie ein wirklicher Besuch – Emotionen auslösen, Fragen oder Gesprächsbedarf aufwerfen. Um diesem adäquat begegnen zu können, sollte eine Fachkraft aus dem Bereich der historisch politischen Bildungsarbeit zugegen sein. Wichtig ist es für alle Teilnehmenden, sich am Anfang des Workshops intensiv mit dieser neuen Technik vertraut zu machen.

Besonders geeignet für:

Organisator*innen die über einen Raum verfügen, der beaufsichtigt ist.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://www1.wdr.de/fernsehen/hier-und-heute-reportage/inside-auschwitz-110.html>

Aktionsidee:

(Digitaler) Antifaschistischer Stadtrundgang

Kurzbeschreibung:

Wie sah unsere Stadt während des Nationalsozialismus aus? Welche Geschichten aus dieser Zeit lassen sich heute noch erzählen? In vielen Städten werden Stadtrundgänge angeboten, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Nationalsozialismus beschäftigen. Sie ermöglichen einen spezifischen Blick auf die Vergangenheit: Straßennamen, Gebäude, Lokale, Kirchen, soziale Einrichtungen, Ruinen, Baulücken, Wohnhäuser oder nicht mehr vorhandene Synagogen weisen auf die NS-Geschichte hin. Der Alltag von Widerstandskämpfer*innen, Unangepassten, Verfolgten, Täter*innen und Mitläufer*innen hat sich hier abgespielt. Ebenso lässt sich erkennen, wie in der Gegenwart mit der NS-Geschichte umgegangen wird: Werden Gebäude, die eine Funktion im NS erfüllten, unkritisch weiter genutzt? Finden sich Gedenktafeln oder Stolpersteine? Werden Erinnerungsorte gepflegt und bekannt gemacht? Welche Angebote machen Städte und Gemeinden, um auf die NS-Geschichte hinzuweisen?

An vielen Orten gibt es Führungen zum Thema NS-Geschichte. Zum Teil sind es Angebote der Tourismusbüros, teilweise bieten unabhängige Initiativen solche Führungen an. Es gibt auch digitale Stadtrundgänge, die eine selbstständige Erkundung ermöglichen. In manchen Städten gibt es besondere Angebote, wie antifaschistische Fahrradtouren oder Bootsfahrten zur Arbeiter*innengeschichte.

Aufwand:

Es muss im Vorfeld eine passende Veranstaltung gefunden werden. Hier bieten sich die Tourismusangebote der Städte und Gemeinden an, aber auch die Internetseiten von Geschichtswerkstätten und antifaschistischen Initiativen. Wenn es im Ort keine angebotenen Rundgänge gibt, können digitale Führungen oder interaktive Stadtpläne als Basis für eigene Erkundungen herangezogen werden.

Tipps zur Umsetzung:

Je nach Gruppe und Thema können Schwerpunkte gewählt werden. Einige Initiativen bieten an, spezifische Fragestellungen zu thematisieren, beispielsweise Gewerkschaftsgeschichte. Gebuchte Führungen sind ein geringer Aufwand, die eigene Einarbeitung und Durchführung bedarf Vorbereitung, abhängig davon, wie leicht sich Informationen recherchieren lassen.

Besonders geeignet für:

offenes Angebot an Interessierte, in Verbindung mit einem geselligen Zusammenkommen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <http://www.berliner-geschichtswerkstatt.de/themen.html>
- <http://hamburg-news.org/alternative-stadtfuehrungen-in-hamburg/>
- <http://vvn-bda-leipzig.de/stolpersteine-gebäude-denkmale-und-gedenktafeln-in-leipzig>

Aktionsidee:

Gegen das Vergessen – Gedenken an die Opfer von Faschismus, Rassismus und Neonazismus

Kurzbeschreibung:

Geschichte und Gegenwart sind miteinander verknüpft. Das Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus ist mit der Mahnung verbunden, dass es immer notwendig ist, für die Rechte aller Menschen zu kämpfen. Anlässe zum Gedenken sind Jahrestage der Befreiung von Konzentrationslagern (z.B. Auschwitz, am 27.1.1945) oder von Städten durch die Alliierten (z.B. München, am 30.4.1945). Mit Gedenkveranstaltungen kann an die rassistische Verfolgung und Ermordung von jüdischen Menschen oder Sinti und Roma im Nationalsozialismus (z.B. Beginn der Deportation der Jüd*innen und Juden in Dresden, am 1.7.1942) oder die systematische Verfolgung von unangepassten Menschen im NS (z.B. „Aktion Arbeitsscheu Reich“, im April 1938) erinnert werden.

Bis heute stehen Verbrechen im Nationalsozialismus mit rassistischen und extrem rechten Einstellungen in Verbindung. Menschen werden aufgrund ihrer Herkunft, des Aussehens, der Sprache, ihrer politischen Anschauung oder Religion, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder wegen unangepassten Verhaltens diskriminiert, abgewertet, bedroht, eingeschüchtert, körperlich angegriffen und ermordet. Seit 1990 sind in Deutschland über 200 Menschen durch rechte Gewalttaten ums Leben gekommen.

An vielen Orten haben sich Initiativen zum Ziel gesetzt, die Erinnerung an Menschen, die durch extrem rechte Gewalt getötet worden sind, aufrecht zu halten. Gleichzeitig geht es darum, vor der zunehmenden rechten Gewalt zu warnen, die bestehenden diskriminierenden, rassistischen Zustände in der Gesellschaft und in ihren Strukturen zu benennen und sich gegen jede Form von Diskriminierung zu positionieren.

Oft finden Gedenkveranstaltungen an den Jahrestagen der rassistischen Ereignisse statt, wie der Jahrestag des Brandanschlages auf das Wohnhaus einer Familie im November 1992 in Mölln sowie der Mord an dem Sozialhilfeempfänger Dieter Eich in Berlin im Mai des Jahres 2000. Oder wie in jüngster Zeit die rassistisch motivierten Morde in Halle und Hanau.

Initiativen und Angehörige, die Gedenkveranstaltungen durchführen, rufen zur Teilnahme auf und fordern solidarische Unterstützung für alle von rechter Gewalt bedrohten und betroffenen Menschen. Sie rufen dazu auf, sich kritisch zu positionieren, selbst aktiv zu werden, überall im Alltag rassistischen Aussagen zu widersprechen und rassistischen Strukturen entgegenzuwirken. Gedenkveranstaltungen können auch selbst initiiert werden, möglicherweise gibt es im eigenen Umfeld Hinweise auf Vorfälle extrem rechter Gewalt, die aufgegriffen werden können.

Aufwand:

Die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen ist leicht möglich. Über Social Media oder Tageszeitungen kann man sich über Aktivitäten von Gedenkinitiativen informieren. Die Durchführung eigener Veranstaltungen braucht intensive Recherche und Netzwerkarbeit mit lokalen Bündnissen. Gegebenenfalls ist auch die Zusammenarbeit mit Angehörigen der Ermordeten möglich, dazu sind Sensibilität und Einfühlungsvermögen gefordert.

Tipps zur Umsetzung:

Es ist gut, sich ein Ziel zu setzen, wenn es um eine eigene Aktion geht. Soll eine Gedenktafel erstellt werden? Sollen jährliche Veranstaltungen durchgeführt werden? Welche weiteren politischen Aktivitäten ergeben sich aus dem eigenen Engagement? Wie können Menschen darauf hingewiesen werden, dass es gesellschaftliche Ausschlussmechanismen gibt, die zu Gewalt mit Todesfolge führen? Wie kann über die Menschen erzählt werden, die angegriffen wurden und zu Tode kamen? Müssen Polizei und Justiz für ihre Arbeit kritisiert werden oder sind die Gewalttaten aufgeklärt worden?

Besonders geeignet für:

Gruppen, die sich gegen rechte Gewalt positionieren wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://gedenkenmoelln1992.wordpress.com/>
- <https://19feb-hanau.org>
- <https://opfer-rechter-gewalt.de/>
- <https://www.gedenkstaettenforum.de/nc/veranstaltungen/>
- <https://www.rechtesland.de/>
- <http://burak.blogspot.de/>

Aktionsidee: Ausstellungen selber machen

Kurzbeschreibung:

Bei vielen Workshops und Treffen werden Themen diskutiert, Informationen recherchiert und Projekte entwickelt. Diese Ergebnisse können in Form von Ausstellungen mehr Menschen zur Verfügung gestellt werden. So kann die Lokalgeschichte eines Ortes, ein Jugendprojekt gegen Rassismus oder die Recherche über eine Widerstandsgruppe Inhalt einer Ausstellung werden.

Ausstellungen können auf sehr unterschiedliche Weise durchgeführt werden. Sie können als gedruckte Plakate in Räumen gezeigt werden, es gibt auch die Möglichkeit sie digital aufzubereiten und auf eine Webpage zu stellen. Eine weitere Form sind mobile Ausstellungen, die bei Veranstaltungen draußen aufgehängt oder in Form von kleinen Schildern von Personen getragen werden.

Mit einer eigenen Ausstellung haben Gruppen und Projekte die Möglichkeit, ihre eigene Perspektive auf gesellschaftliche Situationen darzustellen. Eine Ausstellung ist neben der Aufbereitung von Informationen immer auch eine Möglichkeit, sich gegen gesellschaftliche Zustände zu positionieren und ein Zeichen zu setzen gegen Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen der Diskriminierung.

Begleitend zu den Ausstellungen können auch Veranstaltungen stattfinden. Die Macher*innen können ihre Arbeit vorstellen und zu Diskussionsrunden einladen. Dies ist sowohl im realen Ausstellungsraum möglich, aber auch draußen bei einer Open-Air-Veranstaltung. Auch eine Ausstellungseröffnung im digitalen Raum ist denkbar, um Menschen zu erreichen, die nicht zu einer Veranstaltung kommen würden.

Aufwand:

Zuerst sollte überlegt werden, welchen Rahmen die Ausstellung haben soll. Wenn es gewünscht ist, kann sich das Projekt durch Grafikdesigner*innen und/oder medienpädagogische Expert*innen unterstützen zu lassen. Je nach Format der Ausstellung können sehr unterschiedliche Kosten entstehen. Eine einfache Posterausstellung oder ein digitaler Auftritt ist je nach Vorkenntnissen in der Gruppe mit geringeren Kosten verbunden. Ausstellungen können auch ausgeliehen werden und in den eigenen Räumen oder bei Veranstaltungen gezeigt werden.

Von der Recherche bis zur Veröffentlichung sollte ausreichend Zeit eingeplant werden. Hier kann eine Gruppe kontinuierlich inhaltlich arbeiten, sich über Inhalte austauschen, Aussagen und Perspektiven diskutieren und sich über Schwerpunkte einigen. Die visuelle Aufbereitung des Themas ist ganz entscheidend. Wenn zu viele Informationen ausschließlich als Text gezeigt werden, können Ausstellungen schnell überfordern. Fotos, Zeichnungen, persönliche Zeugnisse (z.B. Briefe) oder Kurzinterviews sind viel anschaulicher und aussagekräftiger. Dazu können Quellen und Tipps zum Weiterlesen dazu anregen, das Thema weiterzuverfolgen. Wichtig zu beachten ist die Zielgruppe: Wer soll angesprochen werden? Wie werden diese Menschen erreicht? Wie sollen die Themen vorgestellt werden?

Besonders geeignet für:

Gruppen, die ein Thema in der Öffentlichkeit präsentieren wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://vvn-bda.de/ausstellung-keine-alternative/>
- <https://opfer-rechter-gewalt.de/ausstellung/>
- <http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/info/ausstellung-kz-2.htm>

Aktionsidee:

Großes Kino gegen Rechts

Kurzbeschreibung:

Kino ist fast überall möglich! Gemeinsam einen Film anschauen und sich anschließend darüber austauschen ist sowohl als Präsenzveranstaltung im kleinen Rahmen möglich, aber auch im Kontext einer Tagung oder einer Bildungsveranstaltung. Es gibt viele gute Medienprojekte, die Dokumentarfilme produziert haben, um gesellschaftskritische Themen zu beleuchten. Es ist auch möglich alles online durchzuführen.

Die meisten Filmemacher*innen stellen gern ihre Projekte vor und kommen zu Veranstaltungen, um Fragen zu beantworten und aus ihrer Arbeit zu berichten. Es können auch Protagonist*innen eingeladen werden, um sie zu ihrer Situation befragen.

Für die Umsetzung als Präsenzveranstaltung braucht es einen passenden Raum. Je nach Größe reichen Beamer, Laptop und Leinwand für die Vorführung aus. Eine digitale Präsentation kann über eine Online-Plattform durchgeführt werden. Für die Präsentation sind eventuell eine Nutzungsberechtigung und eine Gebühr erforderlich. Vor Beginn des Termins sollte unbedingt geprüft werden, ob die Technik funktioniert! Bei Veranstaltungen, die offen ausgeschrieben werden, sollte sichergestellt werden, dass keine Störer*innen kommen bzw. ihnen das Wort entzogen wird.

Tipps zur Umsetzung:

Inhaltlich sind keine Grenzen gesetzt: Es gibt Filme gegen Rassismus und Klassismus, Biografien von Überlebenden des Nationalsozialismus, Portraits über Gruppen und Menschen, die sich politisch gegen Rechts engagieren oder die die Situation von Refugees an den Außengrenzen Europas beleuchten. Für die Auswahl können verschiedene Medienprojekte angefragt werden. Für eine begleitende Veranstaltung können Filmemacher*innen und Protagonist*innen eingeladen werden, aber auch Menschen, die die Situation aus eigener Perspektive beschreiben. Es sollte eine Moderation vorhanden sein, um die anschließende Diskussionsrunde zu strukturieren.

Besonders geeignet für:

Personen oder Gruppen, die offene Veranstaltungen anbieten wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <http://film-kontinuitaeten-heutenoch.de/>
- <https://www.medienprojekt-wuppertal.de/>
- <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/film-ab-gegen-nazis/>

Aktionsidee:

Lesungen und Buchvorstellungen

Kurzbeschreibung:

Aktuelle Buchprojekte bieten interessante, kritische und emanzipatorische Perspektiven auf viele Themen und deren Analysen. Insbesondere wenn die Perspektiven von marginalisierten Gruppen in Publikationen aufgegriffen werden, eröffnen diese eine Möglichkeit, sich mit neuen Sichtweisen und Erfahrungen auseinanderzusetzen. Buchprojekte können der Ausgang sein für eine gemeinsame Veranstaltung mit den Herausgeber*innen und Autor*innen, die mehr zu Ideen und Hintergrund des Themas berichten können. Aktivist*innen stellen ihre politische Praxis vor, Überlebende des NS und deren Angehörige berichten aus ihrem Leben und den Überlebensstrategien bis heute, Journalist*innen beschreiben ihre Recherchearbeit und geben Einblicke in ihre Erkenntnisse. Geflüchtete geben einen Einblick in ihren Alltag, in dem sie Rassismus erfahren und stellen ihre politischen Forderungen vor – die Bandbreite an Ideen ist sehr groß.

Eigene Veranstaltungen bieten die Chance, Menschen sprechen zu lassen, die in der Gesellschaft weniger öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Das ermöglicht vielen Menschen im Publikum neue Einblicke und einen Perspektivenwechsel.

Aufwand:

Bei Veranstaltungen, die offen ausgeschrieben werden, sollte sichergestellt werden, dass es ein Sicherheitskonzept gibt, falls Personen auftauchen, die die Veranstaltung stören wollen. Unterstützung und entsprechende Hausordnungen bieten die Mobilen Beratungsteams gegen Rechts-Extremismus kostenlos an.

Tipps zur Umsetzung:

Autor*innen und Publikationsprojekte können für Lesungen und Buchvorstellungen direkt angefragt werden. Diese können als Präsenzveranstaltungen oder auch digital stattfinden. Eine Frage- und Diskussionsrunde im Anschluss sollte gut vorbereitet werden, um mit dem Publikum in Austausch zu kommen.

Besonders geeignet für:

Menschen, die kleinere Veranstaltungen durchführen wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele – Überblick zu den Neuerscheinungen bei Verlagen

Literaturhinweise:

- **Katharina Nocun, Pia Lamberty:** Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen
- **Seeck, Francis/Brigitte Theißl:** Solidarisch gegen Klassismus. Intervenieren, organisieren, umverteilen.
- **Tupoka Ogette:** Exit Racism.
- **Alice Hasters:** Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen, aber wissen müssen.

Aktionsidee: Sharepics & Memes basteln

Kurzbeschreibung:

Nicht nur in der analogen realen Welt sind wir mit rechten Sprüchen oder diskriminierenden Positionen konfrontiert. Auch im digitalen Raum begegnen uns zunehmend Kommentare, die unter dem Begriff „Hate-Speech“ zusammengefasst werden. Und genau wie außerhalb des Netzes fällt es uns manchmal schwer, darauf eine passende Antwort zu finden. Eine Lösung kann es sein, mithilfe vorbereiteter Sharepics und Memes klare und/oder humorvolle Gegenpositionen zu posten.

Sharepics und Memes sind ein relativ neues Internetphänomen. Auf quadratischen Bildern oder animierten Gifs werden mit kurzen, knackigen Sätzen Kommentare abgegeben, die durchaus eine gewisse Bissigkeit haben können. Bei Diskussionen in sozialen Netzwerken oder auf Plattformen werden dann anstelle von geschriebenem Text eben solche vorbereiteten Sharepics eingefügt. Gerade unter jüngeren Internetnutzer*innen ist diese Form der Kommunikation weit verbreitet und beinahe zu einer Art Kunstform geworden.

Im Netz gibt es diverse Seiten auf denen vorgefertigte Beispiele zum Umgang mit Diskriminierung und rechten Sprüchen zu finden sind. Eine andere Möglichkeit ist es, sich mit mehreren Leuten zu treffen und gemeinsam Sharepics zu gestalten. Die erstellten Bilder können im Rahmen von Aktionstage und Kampagnen genutzt werden. Sie können allen Interessierten (ggf. mit einer kleinen Bedienungsanleitung) zur Verfügung gestellt werden – mit der Bitte, diese auf ihren Social-Media Präsenzen zu nutzen, um auf ein Thema aufmerksam zu machen, sich zu positionieren, o. ä.

Aufwand:

Es braucht nur einige Personen, etwas Kreativität und einen Raum mit Internetanschluss (und ausreichend Laptops für alle). Nach ein paar Stunden sollten erste Ergebnisse zu sehen sein. Wenn es etwas professioneller sein soll, können Medienpädagog*innen hier sicher Hilfestellungen geben.

Tipps zur Umsetzung:

Sollen die Sharepics für mehr als nur den individuellen Gebrauch gedacht sein, lohnt es sich gemeinsam mit Grafiker*innen Gedanken über ein einheitliches Design zu machen und dieses dann als Vorlage zur Verfügung zu stellen. Da Sharepics und Memes sich aus der oft anarchischen Internetkultur entwickelt haben, sollte man bei Design und Sprache allerdings vorsichtig sein, nicht zu bieder oder gar anbiedern daherzukommen. Authentizität ist in diesem Feld oft wichtiger als durchdachte Marketingstrategien.

Besonders geeignet für:

Kreative und internetaffine Personen, die ein paar Stunden gemeinsames kreatives Arbeiten schätzen.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- No Hate Speech Movement:
<https://no-hate-speech.de/de/kontern/fuer-gegen-alle-hate-speech/>
- Gif all you can: <https://gifallyoucan.steb-ev.org/>
- Memes erstellen: <https://imgflip.com/memetemplates>

Aktionsidee:

Bündnisse initiieren

Kurzbeschreibung:

Für die Auseinandersetzung mit (extrem) rechten Ideologien braucht es Vernetzung und breite Bündnisse. Oftmals entstehen diese anlässlich einer konkreten gemeinsamen Protestaktion und schlafen danach mal schneller und mal langsamer wieder ein. Die Frage lautet: Wie gelingt es langfristige Bündnisse aufzubauen? Gerade große Organisationen wie DGB und Einzelgewerkschaften spielen eine entscheidende Rolle dabei, unterschiedliche Akteur*innen aus dem lokalen Gemeinwesen zusammenzubringen und somit die Handlungsfähigkeit für die Auseinandersetzung mit Rechts zu stärken. Bei der gemeinsamen Arbeit kommt es weniger auf eine gemeinsame Position in allen Fragen an. Viel wichtiger ist es, sich über inhaltliche Schnittmengen zu verständigen und Konflikte und Differenzen bei anderen Themen auszuhalten. Eine konstruktive und vertrauensvolle Atmosphäre und Streitkultur tragen viel dazu bei. Die Erfahrung lehrt, dass an den Orten, an denen heterogene Bündnisse gemeinsam und langfristig agieren, der rechte Einfluss deutlich zurückgedrängt wird. Notwendig hierfür ist vorausschauende Bündnisarbeit, die sich nicht nur reaktiv mit den Rechten beschäftigt, sondern sich aktiv einbringt und Aktivitäten gegen Diskriminierung und rechte Ideologien entwickelt.

Aufwand:

Um das Bündnisleben aktiv und abwechslungsreich zu gestalten, ist durchaus eine Menge Koordinationsarbeit nötig. Am besten verteilt sich diese Arbeit auf mehrere Schultern oder rotiert, sodass sich keine Überlastungssituationen für Einzelne ergeben. Auch hier gilt: Durch kontinuierliche Arbeit gewinnen Bündnisse an Erfahrung und somit an Routine.

Vielorts sind Bündnisse ziemlich homogen aufgestellt. Achtet einmal darauf, welche Personen und Gruppen bereits vertreten sind und welche noch fehlen. Durch vertrauensvolle Ansprache und der Einladung zur Teilnahme gewinnt das Bündnis an Diversität, und unterschiedliche Perspektiven und Ansätze für die Auseinandersetzung gegen Rechts werden geteilt.

Besonders geeignet für:

Einzelpersonen und Akteur*innen, denen an langfristiger und verbindlicher Arbeit gelegen ist.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Kein Veedel für Rassismus: <https://www.keinveedelfuerrassismus.de/>
- Bündnis Neukölln: <https://www.buendnis-neukoelln.de/>
- Aktionsnetzwerk Jena: <https://www.aktionsnetzwerk.de/>
- Aktionsplattform „Berlin gegen Nazis“: <https://berlin-gegen-nazis.de>

Aktionsidee:

Putzspaziergang – Dein Kiez wird nazifrei!

Kurzbeschreibung:

Sticker, Poster, rassistische Parolen. Extrem rechte Gruppen versuchen allerorts ihre Inhalte in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Im Straßenbild können das rassistische Aufkleber sein, gesprühte Symbole der extremen Rechten, Namen von Neonazibands, Plakate mit nationalistischen und diskriminierende Aussagen oder Propaganda für neonazistische Kampagnen. Solche Botschaften sind nicht immer direkt und gewaltförmig, sondern zum Teil subversiv und manchmal nicht so leicht zu erkennen. Aber rechte Propaganda hat immer eine erhebliche einschüchternde Wirkung. Sie belegt, dass sich extreme Rechte im öffentlichen Raum ungehindert bewegen können und ihre Aussagen unwidersprochen bleiben. Menschen, die von extremer Gewalt betroffen sind, bekommen den Eindruck, dass sie potenziell bedroht sind und sie keine Unterstützung erwarten dürfen.

Um den Kiez nicht den Rechten zu überlassen, ist es notwendig, regelmäßig solche Schmierereien zu entfernen und am besten direkt eigene Inhalte zu platzieren. Hier kann die Putzaktion mit einer Gruppe von Teilnehmenden stattfinden. Ausgestattet mit Spachteln, Putzschwämmen, Handschuhen, Bürsten und Reinigungsmitteln werden alle extrem rechten Inhalte aus der Umgebung entfernt.

Aufwand:

Die Putzaktion braucht gute Vorbereitung. Zur Sicherheit der Teilnehmenden sollte die Gruppe nicht zu klein sein und es ist es notwendig, die Veranstaltung als Demonstration anzumelden, die eine feste Route abläuft. In diesem Rahmen ist es auch möglich, Anwohnende über den Hintergrund der Demonstration zu informieren und sie aufzufordern, sich anzuschließen.

Tipps zur Umsetzung:

Bei extrem rechten Schmierereien im Kiez ist es sinnvoll diese fotografisch zu dokumentieren und regelmäßig zu schauen, wo und in welchen Abständen diese auftauchen. So kann die Route für den Putzspaziergang festgelegt werden. Für die inhaltliche Vorbereitung ist es hilfreich, gemeinsam mit den Teilnehmenden des Spaziergangs einen Workshop zu rechten Zeichen und Symbolen durchzuführen. Dafür können Expert*innen aus antifaschistischen Projekten angefragt werden.

Besonders geeignet für:

alle, die sich zutrauen, etwas offensiver im eigenen Umfeld gegen Nazis aufzutreten

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Irmela Mensah-Schramm: Aktivistin, Projekt gegen extrem rechte Schmierereien
<https://www.neukoellner.net/alltag/was-tun-gegen-nazis/>
<https://dasversteckspiel.de>

Aktionsidee:

Stadtgesellschaft aktivieren

Kurzbeschreibung:

Laute und sichtbare Aktionen direkt in der Nähe der Route eines Naziaufmarsches – darauf liegt (zurecht) der Fokus von Protesten gegen Rechts. Das Ziel ist dabei die Verhinderung des Aufmarsches oder zumindest ausreichend Störungen, um diesen zu einem Misserfolg zu machen. Oft wird aber vergessen, dass es noch viele andere Möglichkeiten gibt, Protest sichtbar zu machen. Zahlreiche Akteur*innen der Stadtgesellschaft sind oftmals solidarisch mit dem Anliegen der Gegendemonstrant*innen, sind aber aus verschiedenen Gründen nicht in der Lage sich auf der Straße zu beteiligen. Doch bei passenden Angeboten lassen sich auch diese Menschen gerne einbinden. Einzelpersonen können Plakate oder Transparente in der Wohnumgebung anbringen. Über Kontakte der Einzelgewerkschaften ist es möglich zahlreiche Betriebe und Berufsgruppen zu aktivieren. Das Gaststättengewerbe kann sich mit thematischen Bierdeckeln an dem Tag positionieren, Gewerbetreibende ihre Schaufenster zur Verfügung stellen oder – beispielsweise im Falle von Parteitagen – die lokalen Taxiunternehmen gemeinsam erklären, keine Rechten zur Veranstaltung zu bringen. Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt, und wenn sich einmal eine entsprechende Dynamik entfaltet, zeigt sich am Tag selbst nicht nur entlang der Route, dass die rechte Veranstaltung nicht erwünscht ist.

Aufwand:

Sofern aktive und vertrauensvolle Verbindungen in unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche vorhanden sind, lassen sich diese gut aktivieren. Wenn keine vorhandenen Netzwerke genutzt werden können, ist es etwas aufwendiger diese zu knüpfen, gerade wenn es sich um kurzfristige Aktionsanfragen handelt. Daher lieber langfristig und vorausschauend planen.

Tipps zur Umsetzung:

Klare Positionierungen gegen Rechts sind leider nicht immer problem- und gefahrlos möglich. Zum einen bewegt man sich – je nach Aktionsform – manchmal am Rande möglicher Ordnungswidrigkeiten (z.B. Sitzblockaden) und zum anderen kann eine sichtbare Positionierung natürlich auch zu Reaktionen aus dem rechten Spektrum führen. Wichtig ist es, sich gegenseitiger Solidarität zu versichern, rechtlichen Beistand sicherzustellen und potenzielle Ängste und Gefahren ernst zu nehmen und transparent zu machen.

Besonders geeignet für:

Alle, die aus unterschiedlichen Gründen nicht am „klassischen“ Demogesehen teilhaben wollen oder können.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Aktionsplattform „Berlin gegen Nazis“: <https://berlin-gegen-nazis.de>
- Kölner Bündnis „Kein Veedel für Rassismus“: <https://www.keinveedelfuerrassismus.de/>
- Heinrich-Böll-Stiftung Kommunalwiki: https://kommunalwiki.boell.de/index.php/Lokale_BC3%BCndnisse_gegen_Rechtsextremismus

Aktionsidee:

Straßenumbenennungen

Kurzbeschreibung:

Warum gibt es bis heute reihenweise Straßen, die nach Kolonialherren und Kriegsverbrechern benannt wurden, aber keine für die Opfer des NSU oder die Toten des rassistisch motivierten Massenmords in Hanau?

Oftmals sind die Namen von Straßen in Zeiten festgelegt worden, in denen gesellschaftliche Realitäten noch andere waren. Nicht selten werden somit Menschen oder Begrifflichkeiten geehrt, die nach heutigem Verständnis hochproblematisch sind.

Vielfach sind die „wahren“ Bedeutungen von Straßennamen nur denjenigen bekannt, die sich mit spezifischem Wissen (und meist auch aus einer Betroffenenperspektive heraus) dem Thema widmen. Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft fallen diese oft nicht auf oder sie empfinden sie als nicht problematisch. Aber nicht selten werden mit Straßennamen diskriminierende Begrifflichkeiten reproduziert oder (gerade im Bereich der Kolonialvergangenheit Deutschland) Verbrechen gegen die Menschlichkeit verharmlost, indem Straßen nach Beteiligten an Völkermorden benannt sind (Bsp. „Wissmannstr.“ in Berlin, benannt nach Hermann von Wissmann).

Im Rahmen von öffentlichkeitswirksamen Aktionen werden problematische Straßennamen symbolisch umbenannt. Parallel kann auf lokalpolitischer Ebene darauf hingewirkt werden, dass es einen offiziellen Beschluss zur Umbenennung geben soll.

Aufwand:

In einem ersten Schritt gilt es herauszufinden, wo es überall derartige Straßennamen gibt. Lokalgeschichtlich Interessierte und Gruppen von Aktivist*innen haben sicherlich Vorarbeit geleistet, eigene Recherche bleibt aber ebenfalls wichtig. Auch für die Suche nach einem neuen Namen braucht es Zeit für Recherche und Diskussion. Hier sollten unbedingt antirassistische Akteur*innen einbezogen werden.

Tipps zur Umsetzung:

Debatten um die Umbenennung werden schnell hitzig. Auf der einen Seite steht der Wunsch nach einer zeitgemäßen und nicht diskriminierenden Praxis und auf der anderen Seite stehen oft Anwohner*innen, die sich, mal mehr und mal weniger nachvollziehbar, gegen die Umbenennung aussprechen. Eine klare Haltung, transparente Kommunikation und die Zusammenarbeit mit antirassistischen Aktivist*innen sind wichtige Faktoren in diesem Prozess.

Besonders geeignet für:

Interessierte an antirassistischer Kampagnenarbeit

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Berlin Postkolonial: <http://justlisten.berlin-postkolonial.de/strassenumbenennung>
- <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/debatte/interview/ein-stueck-politik-zurueck-ins-strassenbild-2012-12>
- <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-08/berlin-mohrenstrasse-umbenennung-rassismus-wilhelm-amo-strasse>

Aktionsidee:

Betriebliche Antidiskriminierungsarbeit gestalten

Kurzbeschreibung:

Betriebe sind Orte, in denen Menschen mit unterschiedlichen Biographien und Lebenseinstellungen aufeinandertreffen. Natürlich geht es dort nicht konfliktfrei zu, und die betriebliche Konfliktkultur spielt bei der Lösung dieser Spannungen eine entscheidende Rolle. Anders sieht es aus, wenn diese Konflikte entlang diskriminierender Strukturen ausgetragen werden. Es macht einen großen Unterschied, ob ein Konflikt auf Augenhöhe ausgetragen wird oder gesellschaftliche Machtverhältnisse eine Rolle spielen. Nicht zuletzt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) definiert schützenswerte Merkmale. Eine Möglichkeit, Mitglieder von diskriminierten Gruppen innerbetrieblich zu stärken und Diskriminierung aktiv zu bekämpfen sind Betriebsvereinbarungen. Diese können sehr unterschiedlich gestaltet sein, klären aber vor allem das gemeinsame Miteinander auf der Basis von Werten und legen gleichzeitig klar fest, dass diskriminierendes Verhalten am Arbeitsplatz nicht geduldet wird. Solche Vereinbarungen sollten im Betrieb allen Mitarbeitenden bekannt sein und schriftlich fixiert sein. So selbstverständlich dies klingen mag, für Betroffene von Diskriminierung ist dies oft ein wichtiges und stärkendes Instrument für ihre eigene Position im Betrieb, besonders im Falle von stattfindender Diskriminierung.

Aufwand:

Die Betriebsvereinbarung zu formulieren und formal zu installieren ist die eine Seite. Sie mit Leben zu füllen ist die andere und mindestens genauso wichtig. Hilfreich kann es sein, wenn es klare Verantwortlichkeiten für dieses Thema gibt und die gültigen Vereinbarungen regelmäßig – unter Einbezug der entsprechenden Gruppen – überprüft und weiterentwickelt werden.

Tipps zur Umsetzung:

Wie andere auch sind betriebliche Regeln zur Antidiskriminierungsarbeit dann besonders erfolgreich, wenn sie von möglichst vielen Mitarbeiter*innen gelebt werden. Die Akzeptanz und damit auch das aktive Eintreten für die formulierten Inhalte erhöhen sich immens, wenn die Vereinbarungen nicht „von oben herab“ installiert werden, sondern unter möglichst breiter Beteiligung diskutiert und formuliert werden.

Besonders geeignet für:

Betriebe, die proaktiv das Thema Anti-Diskriminierung angehen wollen.

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- Beschäftigte mit Migrationshintergrund integrieren – Beispiele guter Praxis“ (2015): https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=7361
- „Konfliktmanagement“ (2015): https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=7399
- „Toleranz, Respekt und Kollegialität“ (2012): https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=6518
- „Trendbericht: Betriebs- und Dienstvereinbarungen für partnerschaftliches Verhalten, gegen Mobbing, Diskriminierung und sexuelle Belästigung“ (2012): https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=6516

Aktionsidee:

Bildungsurlaub wahrnehmen

Kurzbeschreibung:

Fünf Tage im Jahr dürfen Arbeitnehmende an Bildungsangeboten teilnehmen und werden dafür vom Betrieb freigestellt. Abgesehen von Bayern und Sachsen existiert das Recht auf Bildungsurlaub in allen anderen Bundesländern. Es gibt eine Vielzahl von anerkannten Angeboten. Die meisten sind gewerkschaftsnah und bieten einen kritischen Blick auf gesellschaftliche Zustände. So können die Seminare mit den Themen Kolonialismus, Arbeiter*innen-Geschichte, Deutsch-deutsche-Teilung, verschiedene alltagsgeschichtliche Schwerpunkte, queere Bewegungen, Besuche in den Bundestag und vieles mehr belegt werden.

Aufwand:

Der Bildungsurlaub muss beim Arbeitgebenden beantragt werden, Hinweise zu den Formalitäten finden sich auf verschiedenen Informationswebseiten der Bundesländer und auch auf der Internetseite von Arbeit und Leben. Eine Reihe von Seminaren wird auch online angeboten, sodass zeitliche und räumliche Barrieren minimiert werden.

Tipps zur Umsetzung:

Die Spannbreite von Angeboten ist sehr weit, die gewerkschaftlichen Bildungsprogramme bieten Bildungsurlaub zu politisch-historischen und gewerkschaftlichen Themen. Es lohnt sich, sich vorher ausführlich zu informieren, um das für sich passende Angebote zu finden.

Besonders geeignet für:

Einzelpersonen, die über den Tellerrand blicken wollen

Nützliche Links und Best-Practice-Beispiele:

- <https://www.dgb-bildungswerk.de/politische-bildung/bildungsprogramm>
- www.arbeitundleben.de und deren Landesorganisationen

Kontakte zu Bildungs- und Beratungseinrichtungen und unterstützenden Organisationen

Auf lokaler und regionaler Ebene existieren zahlreiche antifaschistische und antirassistische Initiativen, zivilgesellschaftliche (Gedenk-)Bündnisse oder geförderte Projekte. Alle kennen sich aus ihrer (teils langjährigen) Praxis oftmals hervorragend aus in der Konzeption, Planung und Durchführung von Aktionen. Diese sollten bei der Planung von Aktivitäten unbedingt einbezogen werden und können hier nicht alle aufgeführt werden. Dennoch soll auf einige bundesweit aktive Organisationen und Gruppierungen verwiesen werden, deren Unterstützung gerade auch von gewerkschaftlich Aktiven gerne in Anspruch genommen werden und die mit ihren Kompetenzen und ihrem Profil zu den hier aufgeführten Aktionsformen passen. Eine genauere Beschreibung und Kontaktmöglichkeiten findet ihr auf den jeweiligen Internetseiten:

- Apabiz: <https://www.apabiz.de/>
- Bildungsteam Berlin-Brandenburg: <https://www.bildungsteam.de/>
- Bundesverband Mobile Beratung: <https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/>
- Gegenargument: www.gegen-argument.de
- ISD Bund: <https://isdonline.de/>
- Kein Bock auf Nazis: <https://www.keinbockaufnazis.de/>
- Mach meinen Kumpel nicht an: <https://www.gelbehand.de>
- mediale pfade: <https://medialepfade.org/>
- Partnerschaften für Demokratie (PFD): <https://www.demokratie-leben.de/das-programm/ueber-demokratie-leben/partnerschaften-fuer-demokratie>
- Projekt DIAS: <https://www.dgb-bildungswerk.de/politische-bildung/dias-demokratie-der-arbeitswelt-staerken>
- Projekt VAU: <https://dgb-bildungswerk.de/politische-bildung/vau-vernetzung-aufklaerung-unterstuetzung>
- Respekt!: <https://www.igmetall.de/politik-und-gesellschaft/gleichstellung-und-integration/aktiv-gegen-rechts>
- Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt: <https://verband-brg.de/>

